

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0,35 R.-M. für achtwöchige 0,40 R.-M. die Restamalie im Anschlag an reaktionellen Text 19 mm breit, kostet 2 R.-M. für achtwöchige 2,50 R.-M. abzüglich 5% Skontozahlung. - Die Briefgebühren für Druckabnahmen beträgt 0,30 R.-M. - Für Anfertigung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gebühr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch 2,00 R.-M. wochentlich
Postweg für den Monat 2,00 R.-M. einschließlich 0,40 R.-M. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbanderhebungen: Für die Woche 1,00 R.-M.
Einzelnummer 10 R.-Pf., außerhalb Groß-Dresden 15 R.-Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-N., Ferdinandstr. 1 • Postadresse: Dresden-N. 1, Postfach • Fernruf: Ortsvertrieb Sammelnummer 24601, Fernvertrieb 14194, 20024, 27951 - 27953 • Telegr.: Neueste Dresden
Postfach: Dresden 2060 - Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben unsere Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr 60

Connabend, 11. März 1933

41. Jahrgang

Rücktritt der sächsischen Regierung

Reichskommissar v. Killinger übernimmt die oberste Vollzugsgewalt - Roosevelts Botschaft an das amerikanische Volk - Rundgebung des Großen Fasischischen Rats

Der Umschwung in Bayern

General v. Epp Reichskommissar - Einsetzung von Staatskommissaren für Inneres, Justiz und Finanzen - Riefendemonstrationen in München

München, 10. März

Bestern ist nunmehr auch in Bayern die Ausgleichung der Regierungsverhältnisse an das Reich erfolgt. Nach einem

erregten Tag der Irrungen und Wirrungen

erfolgte am Abend die Ernennung des Generalleutnants a. D. Ritter v. Epp zum Reichskommissar für München. Gestern kurz nach 18 Uhr erschienen die Führer der bayerischen NSDAP, beim bayerischen Ministerpräsidenten und stellten die Forderung auf Übertragung der Polizeigewalt. Diese Forderung wurde von der bayerischen Regierung abgelehnt. Die Nachricht, dass die bayerische Regierung von Epp als Reichskommissar ernannt wurde, erwies sich als falsch. Die bayerische Regierung lehnte sich direkt mit dem Reichspräsidenten v. Hindenburg in Verbindung. Eines später erschien die Nachricht,

der Ministerrat habe beschlossen, möglichst bald eine Landtagswahl zur Wahl eines neuen Ministerpräsidenten herbeizuführen.

Der Landtagspräsident hat daraufhin telegraphisch den Landtag am Sonnabend vormittags 11 Uhr einberufen. Unterdessen aber waren alle diese Beschlüsse bereits durch die Ereignisse überholt worden. Am Abend traf folgendes Telegramm des Reichsinnenministers an Ritter v. Epp ein:

„Wegen Gefährdung öffentlicher Sicherheit und Ordnung im Lande Bayern habe ich auf Grund des § 2 der Verordnung zum Schutze von Volk und Staat Befugnisse oberster Landesbehörden Bayerns, soweit zur Erhaltung öffentlicher Sicherheit und Ordnung notwendig, übernommen und beauftragt Sie, bis auf weiteres für Reichsregierung diese Befugnisse wahrzunehmen. Ministerpräsident Dr. Heß ist telegraphisch ersucht, Ihnen die Geschäfte zu übergeben. Erwarte umgehend Drahtanzeige über Übernahme.“

Darauf erfolgte unter dem formalen Protest der bayerischen Regierung in den Abendstunden die Übernahme der Geschäfte. Unterdessen waren alle öffentlichen Gebäude in München von SA- und SS-Besatzung besetzt. Ueberall wurde auch die Fahnenkreuzabnahme geübt. Riefende Menschenmengen drängten sich in den Straßen, doch ist es zu keinerlei Zusammenstößen gekommen. Die sozialdemokratische „Münchener Post“ und der „Bayrische Kurier“, das Organ der bayerischen Volkspartei, wurden von SA- und SS-Mitgliedern besetzt. In später Abendstunden sammelte sich vor der Feldherrnhalle auf dem Obersonnplatz eine vielstimmige Menschenmenge an.

Die Feldherrnhalle selbst war von starken Verbänden der SA- und SS-Besatzung besetzt. Muffkasseten

Die ersten Maßnahmen Epps

München, 10. März

Der Reichskommissar General v. Epp hat folgende Staatskommissare ernannt: Hauptmann a. D. Röhm und Abgeordneter Oster; zum Staatskommissar für das Finanzministerium, so weit es sich um Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung handelt, den Abgeordneten und Oberbürgermeister von Lindau, Siebert; zum Staatskommissar für das Justizministerium Reichstagsabgeordneter Dr. Franz II (München). Ferner wurde beauftragt, daß der Abgeordnete Wagner zum Staatskommissar für das Innenministerium und der SS-Führer Günther zum kommissarischen Polizeipräsidenten von München ernannt wurden.

Die Uebergabe der Polizeigeschäfte

München, 10. März. (Durch Funkgespräch)

Der Kommissar des Reichs, General v. Epp, erschien heute vormittags 10,30 Uhr mit seinen Beauftragten im Ministerium des Reichs, wo bis an-

spielten vaterländische Beilen. Unaufrichtig rüden weitere Forderungen von SA- und SS-Normationen an und nahmen vor der Feldherrnhalle Aufstellung. Darauf erschienen der neue Reichskommissar, General v. Epp, und richtete eine

Ansprache an die Menge.

Der General erinnerte daran, daß der Kanzler selbst und seine Bewegung von München ausgegangen sind, daß ferner der Reichsminister des Innern, Dr. Brüning, und schließlich auch Reichsjustizminister Dr. Brüning aus der bayerischen Hauptstadt kommen. Bayern und Süddeutsche seien sehr stark in der Reichsregierung vertreten und so

„Lahme deshalb eine Forderung, Bayerns Regent mit an beizutragen, nicht in Frage.“

General v. Epp unterstrich, daß er sich niemals durch hergeben werde, eine feindselige Handlung gegen seine eigene Heimat zu vollziehen. Wenn er das Amt übernommen habe, so mit dem Ziel, den größten Vorteil für Bayern zu erreichen, allerdings in enger Verbindung mit dem Reich und gleichzeitig für das Reich. Wenn Ruhe und Sicherheit in Bayern gewährleistet werden sollen, so müßten die politischen Verhältnisse gleichlaufend mit dem Reich geformt werden. Eine gedeihliche Arbeit des Reiches sei erst möglich, wenn auch die Länder ihre Kraft dafür einbringen.

Bayern müsse den Stolz wiedergewinnen, den es vor der Revolution gehabt habe.

Diese Aufgabe werde nicht sein, wenn nicht von München aus Widerstand zu den ihr angehenden Zusammenstößen in München und das gegen das Reich ausgetrieben. Zum Schluß forderte General v. Epp seine bayerischen Landsleute auf, ihn in seiner Aufgabe zu unterstützen. Im Anschluß sprach der Führer des bayerischen Stahlheeres, indem er ebenfalls die enge Verbundenheit von Reich und Bayern unterstrich. Auf dem Justizpalast und dem Ministerium des Reichs wurden Demonstrationszügen geführt. Auf dem Landtagsgelände weht eine schwarzweißrote Fahne. Im Verlaufe der Nacht hat dann noch die Regierung Geld durch ihren Gesandten in Berlin

beim Reichspräsidenten einen Protest eingeleitet,

in dem sie darauf hinweisen läßt, daß diese Maßnahmen im Widerspruch zu den ihr angehenden Zusammenstößen in München und das gegen das Reich ausgetrieben. Zum Schluß forderte General v. Epp seine bayerischen Landsleute auf, ihn in seiner Aufgabe zu unterstützen. Im Anschluß sprach der Führer des bayerischen Stahlheeres, indem er ebenfalls die enge Verbundenheit von Reich und Bayern unterstrich. Auf dem Justizpalast und dem Ministerium des Reichs wurden Demonstrationszügen geführt. Auf dem Landtagsgelände weht eine schwarzweißrote Fahne. Im Verlaufe der Nacht hat dann noch die Regierung Geld durch ihren Gesandten in Berlin

Begegnung zwischen Ministerpräsident Heß und General Epp

Rathfinden, bei der diese Frage geklärt werden dürfte.

gekündigte Uebergabe der Polizeigeschäfte durch den Ministerpräsidenten Dr. Heß offiziell erfolgte.

Die Stadt zeigt ihr übliches Bild. Nur der Straßenverkehr ist durch viele Reugerler, die sich immer wieder an den öffentlichen Gebäuden und in den Straßen sammeln, lebhafter als sonst. Am Rathaus und am Landtagsgelände weht die Fahnenkreuzabnahme inmitten schwarzweißroter und weißblauer Flaggen. Ähnliche Stadtbilder zeigen ebenfalls noch die getrennt gebliebenen Flaggen und sind durch SA-Doppelposten mit Gewehren oder Karabinern gesichert.

Einberufung des Bayerischen Landtags zurückgezogen

München, 10. März

In den späten Abendstunden hat Landtagspräsident Stang die Einberufung des Bayerischen Landtags für Sonnabend vormittags mit Rücksicht auf die inoffiziellen eingetretenen Ereignisse ausdrücklich zurückgezogen. Eine Ministerpräsidentenwahl kann demnach am Sonnabend nicht stattfinden.

Das neue sächsische Kabinett

WTB. Dresden, 10. März

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Das Kabinett Schick ist zurückgetreten. Der Reichsbeauftragte für Sicherheit und Ordnung in Sachsen, v. Killinger, hat die gesamte Regierungsgewalt übernommen.

Es wurden beauftragt mit der Führung der Geschäfte des Finanzministeriums Oberregierungsrat Dr. Kluge, des Justizministeriums Staatsanwalt Dr. Thierack vom Oberlandesgericht Dresden, mit der Führung der Geschäfte des Volksbildungsministeriums der Stadtschulrat Dr. Hartmann, Dresden. Die Befehle der anderen Ministerien wird noch geregelt werden.

Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt mit: Der Reichsbeauftragte für Sicherheit und Ordnung in Sachsen, v. Killinger, hat an den Landtagspräsidenten folgendes Schreiben gerichtet:

„Ich verbleibe bis auf weiteres die Einberufung des Landtages, da die gestrigen Vorkommnisse bewiesen haben, daß Leben und Sicherheit der Abgeordneten im Landtagsgelände nicht gewährleistet sind. Ich bitte Sie, das Weitere zu veranlassen.“

Auch die badische Regierung tritt zurück

Karlsruhe, 10. März. (Durch Funkgespräch)

Das Staatsministerium hat einstimmig beschlossen, vom Amt zurückzutreten und die Geschäfte bis zur Bildung des Ministeriums gemäß § 53, Absatz 2 der badischen Verfassung weiterzuführen.

Der Rücktritt erfolgt, um einer Umbildung der Regierung freie Bahn zu schaffen. Das Staatsministerium hat weiter beschlossen, den Herrn Landtagspräsidenten zu bitten, daß er den Landtag möglichst bald einberufe mit der Tagesordnung: Entgegennahme einer Regierungserklärung.

Der englische Besuch in Paris

Telegramm unseres Korrespondenten

Paris, 10. März

Im Zeichen der Unsicherheit und zwiespältigen Meinungen steht das heute beginnende französische englische Gespräch über die Rettungsmöglichkeiten der Abrüstungskonferenz. Deutlich lassen sich in maßgebenden Kreisen zwei scharf voneinander getrennte Richtungen unterscheiden. Die Diplomatie neigt größtenteils der Auffassung zu, daß Genf nicht der Ort sei, wo liegende Probleme der internationalen Politik der Lösung angeführt werden könnten. Die französische Diplomatie sieht in der Entspannung der jugoslawisch-italienischen Beziehungen das wichtigste Ziel der französischen Außenpolitik. Sie hält die Verhandlung zwischen Rom und Jugoslawien durch eine direkte Ansprache noch immer für möglich. Wegen Deutschland dagegen verlangt sie eine feste Haltung der Regierung und Ablehnung aller deutschen „Anspruchsforderungen“. Im Gegensatz zu dieser diplomatischen Politik ist die französische Linkspartei Daladier-Vauclonour noch immer stark auf Genf eingestellt. Man möchte zusammen mit Mac-

donald auf jeden Fall einen Schiffsbruch der Abrüstungskonferenz vermeiden.

Macdonald und Sir John Simon sind gestern nachmittag mit dem schiffplanmäßigen Zug in Paris eingetroffen und wurden von Daladier, Vauclonour und dem Personal der Britischen Botschaft empfangen. Eine Erklärung abgegeben, haben die britischen Minister sofort auf die Britische Botschaft. Die offiziellen Besprechungen mit Daladier und Vauclonour werden heute beginnen. Sehr optimistisch über den Ausgang der Verhandlungen ist man nicht. Selbst der kanadische Botschafter des „Zeit Parisien“ warnt vor übertriebenen Hoffnungen. England sei noch nicht bereit, eine „entschiedene Haltung“ einzunehmen, heißt es in dem Blatt. Infolgedessen liegt das Interesse Frankreichs darin, seine eigene Verteidigung sicherzustellen und die Länder zu unterstützen, die, wie es heißt, den „Frieden schützen“, d. h. diejenigen Länder, die eine Weltallianz mit Frankreich unterhalten.

Einspruch Württembergs und Badens

Stuttgart, 10. März

Das württembergische Staatsministerium hat an den Reichspräsidenten ein Telegramm gerichtet, in dem gegen die Uebertragung der kommissarischen Befugnisse an den Abgeordneten v. Jagow Einspruch erhoben wird. In dem Telegramm wird darauf hingewiesen, daß die Voraussetzungen zu der Ernennung eines Staatskommissars für Württemberg nicht vorliegen und daß somit nach Ansicht der württembergischen Regierung eine Verlegung der vom Reichspräsidenten erlassenen Verordnung zum Schutze von Volk und Staat vorliege.

Auch die badische Regierung hat, wie aus Karlsruhe gemeldet wird, auf die telegraphische Mitteilung von der Bestellung des Reichskommissars für Baden

gleichlautende Telegramme in ähnlichem Sinne an den Reichspräsidenten und den Reichskanzler gerichtet.

Protesttelegramm Dr. Heß

München, 10. März. Ministerpräsident Dr. Heß hat an den Reichskanzler ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt: „Der Reichsinnenminister hat nach bisher unwidersprochenen Nachrichten auf Grund des § 2 der Verordnung vom 28. Februar 1933 die Polizeibefugnisse der obersten Landesbehörden in Bayern an General v. Epp übertragen. In Bayern fehlen die Voraussetzungen zur Anwendung dieser Verordnung vollkommen, weil Ruhe und Ordnung und Bekämpfung kommunistischer Ausschreitungen will den staatlichen Mitteln vollständig gesichert waren. Namens des Gesamtministeriums erhebe ich gegen die Verordnung des Herrn Reichsinnenministers den härtesten Einspruch.“